

Der ASEAN-Gipfel im Zeichen der Wirtschaftskrise und der Menschenrechte

Der 14. ASEAN-Gipfel fand vom 28. Februar bis 1. März 2009 in Cha-am/Hua Hin in Thailand, dem gegenwärtigen Vorsitzland der ASEAN, statt. Ursprünglich war der Gipfel für Dezember 2008 angesetzt worden, musste allerdings aufgrund der innenpolitischen Unruhen verschoben werden.

Es war das erste Treffen der Staats- und Regierungschefs der zehn Mitgliedsstaaten Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Brunei, Vietnam, Myanmar, Laos und Kambodscha nach dem Inkrafttreten der ASEAN-Charta Ende 2008.

Mit der Cha-am/Hua Hin-Deklaration haben die ASEAN-Regierungschefs die Weichen zur Einrichtung eines gemeinsamen Binnenmarktes gestellt. Bis 2015 soll ein ASEAN-Binnenmarkt geschaffen werden, der ein Bruttosozialprodukt von rund 2000 Mrd. USD umfasst. Der ASEAN-Integrationsprozess folgt dem drei Säulen-Modell der europäischen Integration, in der Politik und Sicherheit, Wirtschaft sowie soziokulturelle Angelegenheiten im Vordergrund stehen. Zur Förderung einer gemeinsamen Identität wurde beim Gipfel ebenfalls nach europäischem Vorbild eine gemeinsame ASEAN-Hymne namens „The ASEAN Way“ vorgestellt.

ASEAN reagiert auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise

Der 14. ASEAN-Gipfel bot eine bedeutende Plattform für die Regierungschefs, mögliche kollektive Maßnahmen gegen die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zu diskutieren. Die ASEAN-Mitgliedstaaten sind von ausländischen Investitionen, Export und Tourismus abhängig. Singapur befindet sich bereits in der Rezession, Malaysia und Thailand rechnen mit

Negativwachstum und auch Indonesiens Wachstum hat sich verlangsamt.

Um die einzelnen Währungen der Mitgliedsländer zu schützen, hatten sich die ASEAN+3 im unmittelbaren Vorfeld des Gipfels auf eine Erweiterung des Fonds der „Chiangmai-Initiative“ von 80 Mrd. USD auf 120 Mrd. USD geeinigt. Darüber hinaus wurden auf dem Gipfel Etappenpläne formuliert, die unter anderem die Förderung von KMUs sowie die Beseitigung von bilateralen und subregionalen Handelsbarrieren vorsehen.

Die ASEAN-Länder unterzeichneten auf ihrem diesjährigen Gipfel einen Freihandelsvertrag mit Australien und Neuseeland, der als wichtiger Beitrag zur Bewältigung der globalen Finanzkrise bezeichnet wurde. Ähnliche Verträge bestehen bereits mit China, Südkorea und Japan. Es wird mit dem Abschluss eines weiteren Freihandelsvertrages mit Indien im Laufe des Jahres 2009 gerechnet. Freihandelsgespräche laufen seit 2007 auch mit der EU. Ein EU-ASEAN-Freihandelsvertrag würde mit über eine Milliarde Menschen die größte Freihandelszone der Welt schaffen.

In ihrem Schlussdokument forderten die Vertreter der südostasiatischen Staaten „ein abgestimmtes Vorgehen sowohl von Industrieländern als auch von Entwicklungsländern, um die finanzielle Stabilität wieder herzustellen und das fortdauernde Funktionieren der Finanzmärkte sicherzustellen“. Insbesondere wird „eine mutige und schnelle Reform des internationalen Finanzsystems“ gefordert. „Wir werden tun was wir können, um zu verhindern, dass protektionistische Maßnahmen ergriffen werden, um die Krise zu bewältigen“, sagte Thailands Ministerpräsident Abhisit Vejjajiva zum Abschluss des Gipfeltreffens. Abhisit wird die Position von

THAILAND

DR. CANAN ATILGAN

JULIA ZIMPEL

März 2009**www.kas.de****www.kas.de/thailand**

ASEAN beim G-20-Gipfel am 2. April 2009 präsentieren.

Menschenrechte als große Herausforderung

Vor allem aber war der 14. ASEAN-Gipfel gemäß dem Motto „ASEAN Charter for ASEAN People“ dem Schutz und der Verbreitung von Menschenrechten gewidmet. Auf dem Gipfel stand die Definition der Aufgabenbereiche des geplanten ASEAN-Menschenrechtsinstituts zur Diskussion, das noch in diesem Jahr die Arbeit aufnehmen soll. Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass das Institut Menschenrechtsverletzungen nur in Mitgliedsländern untersuchen soll, wenn die betroffenen Länder einverstanden sind. Unter solchen Umständen habe das Institut nur Alibi-Funktion, kritisierten Menschenrechtler.

ASEANs traditionelles Prinzip der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten dominierte auch bei diesem Gipfel. Zum einen war dies erkennbar an der Debatte um das Menschenrechtsinstitut, zum anderen an dem Umgang mit Myanmar, dessen Militärdiktatur schwerste Menschenrechtsverstöße zur Last gelegt werden. ASEAN drängte Myanmar, allen politischen Parteien die Teilnahme an den 2010 zum ersten Mal seit fast 20 Jahren anstehenden Wahlen zu gestatten sowie die rund 2100 politischen Gefangenen freizulassen. Doch wurde auf dem Gipfel lediglich eine engere Zusammenarbeit in der Demokratieförderung mit der UNO beschlossen. Die Menschenrechtsverletzungen in Myanmar stellen eine große Herausforderung für ASEAN dar, da die Mitglieder dieses heterogenen Regionalverbands aus zwei kommunistischen Staaten, einer Militärdiktatur, einer absoluten Monarchie und junge Demokratien bei einer gemeinsamen Intervention in Staatsangelegenheiten anderer auch einen eigenen Souveränitätsverlust befürchten.

Bezeichnenderweise wurde demgemäß auch das Rohingya-Problem bei dem ASEAN-Gipfel nur unzureichend aufgegriffen. Die Rohingya sind eine muslimische Ethnie in Myanmar, die aufgrund starker Diskriminierung unter anderem nach Thailand, Malaysia und Indonesien fliehen. Anfang des Jahres gerieten sie in die Schlagzeilen, als Thailand bis zu 1000 Flüchtlinge in seinen Gewässern aufgriff und wieder auf hoher See aussetzte. Hunderte sind wahrscheinlich ertrunken. Während des Gipfels sollen die

Rohingya anstatt mit ihrem Namen kontinuierlich als „illegale Migranten im indischen Ozean“ bezeichnet worden sein. Das Thema soll in Bezug auf die Herkunfts-, Transits- und Zielländer bei der Bali-Konferenz im Frühling 2009 erneut diskutiert werden.

Zum ersten Mal fand ein Treffen der Staats- und Regierungschefs mit Vertretern von NGOs, Jugendverbänden und der Privatwirtschaft statt. Im Vorfeld des Dialogs mit der Zivilgesellschaft war es zu einzelnen Spannungen gekommen. Der Regierungschef Myanmars General Thein Sein und sein kambodschanischer Kollege Hun Sen drohten mit einem Boykott der Gesprächsrunde, sollten Aktivisten aus ihren Ländern teilnehmen. Die vorgesehenen Vertreter der Zivilgesellschaft aus beiden Ländern zogen aufgrund des hohen Drucks freiwillig ihre Teilnahme zurück.

Andererseits überraschte Vietnams Präsident Nguyen Minh Triet damit, dass er die Zivilgesellschaft ermutigte, den genauen Rahmen einer Institutionalisierung der Gespräche zu schaffen. Diese Gespräche stellen einen wichtigen Schritt zur Transparenz ASEANs und seiner erhöhten Verantwortlichkeit gegenüber seiner rund 570 Millionen Bevölkerung dar. Vietnam wird im kommenden Jahr den Vorsitz von ASEAN übernehmen und setzte mit dem Kommentar des Präsidenten ein zukunftsweisendes Zeichen.

Für Thailand bot der Gipfel nach dem politischen Chaos der Vorjahre die Chance, internationales Vertrauen wieder zu gewinnen.